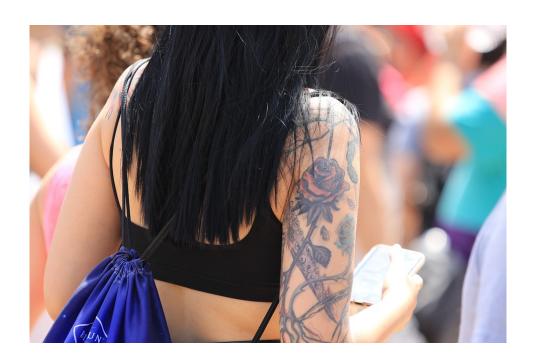
Aufgebrachte Bürger in Kirchheim: Wütender Protest gegen neues Containerdorf!

Protest gegen Containerdorf in Kirchheim: Anwohner befürchten Wertverlust und mangelnde Sicherheit. Entscheidung bleibt umstritten.



Am frühen Morgen des 14. Septembers 2024, genau um 05:15 Uhr, brach im idyllischen Neubaugebiet von Kirchheim, Landkreis München, eine lautstarke Protestaktion aus. Was war geschehen? Mehr als 150 Einwohner der Gemeinde waren empört über die Errichtung einer neuen Containersiedlung für Flüchtlinge mitten in ihrem Wohngebiet. Der Unmut war groß, und die Emotionen kochten hoch.

"Man kann doch so eine Containersiedlung nicht mitten in ein Neubaugebiet setzen", riefen einige der erbosten Anwohner, die zu der Ortstermin-Versammlung gekommen waren. Der Landrat Christoph Göbel von der CSU und der Bürgermeister Stephan Keck von der SPD hatten sich wohl nicht auf derart heftige Reaktionen vorbereitet. Anwohner Reinhard Bauer, einer der Stimmen im Chor der Unzufriedenen, äußerte sich besorgt: "So eine Einrichtung will niemand vor seinem Haus haben. Zudem haben wir alle Angst vor den Messerstechern."

Der Hintergrund des Protests

Die besagte Containersiedlung, bestehend aus 32 zweistöckigen Containern, soll Platz für insgesamt 192 Flüchtlinge bieten. Die Gemeinde und der Landkreis hatten zur Besichtigung der vorerst unbewohnten Anlage eingeladen, doch der Funke der Aufklärung konnte das Pulverfass der Empörung nicht entschärfen. Eine Anwohnerin klagte: "Hier war mal eine Kita geplant – jetzt haben wir ein Flüchtlingsdorf."

Die Vielfalt der geäußerten Meinungen war groß. Einige befürchteten eine erhöhte Kriminalität und äußerten sich besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder. "Da ist dann ein Haufen junger Männer, denen es langweilig ist und die nicht wissen, was sie den ganzen Tag tun sollen", so eine besorgte Nachbarin. Andere wiederum beklagten die fehlende Transparenz von Seiten des Landratsamts und der Gemeinde. Doch es gab auch Stimmen, die sich von diesem Protest distanzierten und zur Ruhe mahnten.

Landrat Göbel und Bürgermeister Keck hatten sichtlich Mühe, ihre Argumente darzulegen, ohne von lauten Zwischenrufen unterbrochen zu werden. "Wir haben sehr viele Flüchtlinge in Deutschland und im Landkreis München. Das ist Fakt. Wir haben von der Politik in Berlin und München die Aufgabe, uns um sie zu kümmern. Das kostet gewaltige Summen, das macht mir keinen Spaß – aber ich muss es tun", erklärte Göbel, wie www.merkur.de berichtet wurde.

Verzögerungen und die Zukunft des

Projekts

Die Containeranlage am Schlehenring sollte ursprünglich längst fertiggestellt und bewohnt sein, doch es kam zu Verzögerungen. Die Mietzeit des Grundstücks wurde bis Ende 2026 verlängert, auch wenn der Gemeinderat diesem Vorhaben einige Steine in den Weg legte. Ein Spielplatz in der Mitte der Anlage ist noch in Planung. Ab Mitte Oktober sollen überwiegend ukrainische Flüchtlinge in die Siedlung einziehen, erklärte Göbel. "Etwa 95 von ihnen sind seit längerer Zeit im Hotel Dormero, andere kommen dazu. Wir haben hier Platz für 192 Flüchtlinge, wenn 80 Prozent der Plätze belegt sind, sprechen wir von Vollbelegung."

Einige Anwohner wollten jedoch Göbels Aussage, nur Ukrainer bis Ende 2026 unterzubringen, nicht glauben. "Da kommen doch garantiert Busladungen von Syrern und Afghanen angefahren", rief eine Anwohnerin. Göbel betonte, dass nur Ukrainer bis Ende 2026 einziehen würden und versprach: "Ich halte meine Versprechen." Sollte es dennoch anders kommen, kündigten einige Bürger einen verstärkten Protest an.

Die Sorge um den Wertverlust der eigenen Immobilie war ebenfalls ein heiß diskutiertes Thema. Ein Bewohner des Neubaugebiets befürchtete: "Wie kann man das nur in ein Neubaugebiet reinsetzen? Mein teures Eigenheim wird durch die Flüchtlinge gewaltig an Wert verlieren." Bürgermeister Keck begegnete diesen Befürchtungen mit historischen Beispielen und beruhigte: "Ähnlich hatten viele bei der Asylbewerber-Unterkunft 2015 in der Räterstraße argumentiert, und nachweislich ist der Wert der umliegenden Häuser nicht gesunken."

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in Kirchheim weiterentwickelt und ob die Anwohner ihre Meinung ändern. Für weiterführende Informationen und detaillierte Berichte, siehe die aktuelle Berichterstattung auf www.merkur.de.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de